

# Zukunftslobby e.V.

PDF-Publikation Nr. 8

Diesen Text können Sie auf der Website [www.zukunftslobby.de](http://www.zukunftslobby.de) gegen eine freiwillige Spende in Höhe von 2,50 Euro herunterladen. – Textumfang: 13 Seiten.



**Wir bitten zu beachten:** Der Text ist ausschließlich zur Argumentation in der öffentlichen Diskussion bestimmt. Er darf, ob ganz oder in Teilen, nicht für kommerzielle Zwecke oder zum persönlichen Vorteil genutzt werden. Seine Verbreitung ist unter Angabe der Quelle, gerne auch gegen eine Spende, ausdrücklich erlaubt. (Es gelten die Copyright-Bestimmungen von Zukunftslobby e. V.).

## „Über-Kolumne“, Teil 3 (9/2013 bis 7/2014)

Eine Textreihe zu Politik und Gesellschaft von Carl Christian Rheinländer sen. (Erschienen von Oktober 2011 bis September 2017 im „Hunsrückspiegel“)

### Über die Qual der Wahl (oder auch die Wahl der Qual) (September 2013)

Am 22. September also sollen wir abermals darüber abstimmen, welche Parteienkoalition als Bundesregierung in den nächsten Jahren die Richtung vorgibt. Doch haben wir überhaupt eine Wahl?

In meinen Artikeln der letzten zwei Jahre habe ich versucht, die Kompetenz deutscher Parteien anhand einiger politischer Kernthemen darzustellen. Ergebnis: Es gibt keine Partei, die auch nur ansatzweise mit einer schlüssigen Strategie gegenüber den großen Problemen der Zeit aufwarten könnte. Meist sind sie eher die Mitverursacher dieser Probleme. Kaum ein informierter Wähler geht noch überzeugt zur Urne, sondern nur noch aus staatsbürgerlicher Pflichterfüllung.

Noch nie waren die Bundestagswahlen derart quälend wie in diesem Jahr. Das kleinere Übel ist nicht mehr zu entdecken. Die Regierungsparteien verschachern nach und nach alle bürgerlichen Bewegungsspielräume und ermutigenden Zukunftsperspektiven. Hinter anders lautendem Gerede beschützen sie nicht das Volk, sondern die mächtigen Strukturen im Land, und die Oppositionsparteien vermögen dagegen nur zu stänkern.

Die CDU, ein Haufen phantasieloser Zauderer, setzt voll auf ihren einzigen Trumpf, auf Frontfrau Angela Merkel. Diese wartet mit Äußerungen eigentlich immer nur ab, bis die Hauptwindrichtung fest steht. So ist ihr Banner ständig gebläht, und man nennt dies dann Entschlossenheit und konstant solide Politik.

Ihr bewunderter Machtwille ist nur eine Mischung aus endlos großer Wiederholungsbereitschaft von Phrasen und Floskeln und subtiler Zickigkeit. Da muss selbst der klügste Gegner kapitulieren. Merkels Großspurigkeit verschleiern ihre zukunftspolitische Feigheit, und ihre zahnlos doofen Gegner verschleiern, dass diese weibliche Packung Valium zur Staatsführung völlig ungeeignet ist. Wer Merkel Mutti nennt, sollte dies aber bitte mit zusammengebeissenen Zähnen aussprechen. Den Schwachen der Gesellschaft bleibt nach 8 Jahren Merkel nur Resignation, und den Intellektuellen nur zynischer Fatalismus.

Die SPD ist die Partei der Verlierer. Den Kopf noch in den Wolken steht sie unten tief im Sapsch. Angela Merkel hat ihr einfach einen großen Teil der sogenannten Sozialdemokratie geklaut, inklusive der Wähler. Die inhaltsleeren Wahlkampfsprüche der SPD-Prominenz wirken absurd und erinnern irgendwie an das laute Pfeifen kleiner Jungen im dunklen Wald.

Die FDP ist die Partei zum Umbau der Volkswirtschaft in einen Mechanismus zur Profiterbringung, zum Vorteil weniger und zum Schaden des Restes. Bisher konnte sie sich erfolgreich hinter den beiden edlen Fassaden „marktwirtschaftlich“ und „liberal“ verstecken. Offensiver noch als die CDU nimmt sie die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen als Mittel zum Zweck in Kauf.

Die Linke ist die neue SPD. Ihr Programm besteht weitgehend aus Umverteilung und Subventionierung sozial Schwacher. Gern wird das Feindbild des profitorientierten Unternehmers gepflegt, der die Belegschaft ausnutzt. Auch hier fehlen Überlegungen zu einem neuen Wirtschaftssystem, welches einerseits den sozial Schwachen dauerhaft eine gute und auskömmliche Arbeit ohne die Notwendigkeit staatlicher Almosen bereitstellt, und andererseits jene unternehmerische Tätigkeit als Leistung anerkennt und honoriert, die den Menschen, der Region und der Bewahrung der Zukunft dient.

Die Grünen gelten noch immer als Ökopartei, obwohl ihr Programm im Prinzip auch nur subventionieren will. Ja selbst sie haben keinerlei Plan für ein wirklich nachhaltiges Wirtschaftssystem. Es reicht nicht aus, umweltschädliche Produkte, Anlagen und Prozesse lediglich gegen etwas weniger umweltschädliche zu tauschen.

Grüne waren früher einmal eine Hoffnung gegenüber der fatalen Gewohnheit der Altparteien, kurzfristige Vorteile wirtschaftlicher Aktivität stets einem langfristigen Nutzen vorzuziehen. Heute faseln die meisten Mitglieder und Stammwähler gern von „grünem Wachstum“ und haben den Hintern lieber im Warmen des gewohnten und bio-light aufgehübschten Konsums.

Was also wählen? Piraten und AfD kann man schnell vergessen, ebenso die Kleinst-, Satire- oder EinThemaParteien.

Und gar nicht wählen gehen? Dafür plädierte beispielsweise der Sozialpsychologe Harald Welzer im Spiegel. Er fragte, was denn heute das kleinere Übel sei im Vergleich wozu. Parteien entscheiden nicht nach Vernunft, sondern vertreten den letzten Mist aus den eigenen Reihen und verdammten den klügsten Ansatz von außerhalb.

Mit Gestaltung hat das nichts mehr zu tun. Politikdarsteller sind völlig austauschbar geworden. Keiner tut das, was notwendig wäre. Krisen werden verwaltet und mit vergeblichen Rezepten zugehängt. Keiner hat auch nur das geringste Interesse, etwas wirklich Neues vorzuschlagen. Es passiert nur reine Pseudopolitik, auf Nebenschauplätzen, zu Randthemen. Kein großer Wurf, kein genialer Gedanke, nicht die geringste weiter tragende Perspektive.

Dazu Abbau von Staatssouveränität, zunehmende Fremdbestimmung durch EU-Bürokraten, globale Märkte, Geheimdienste und Finanzkonzerne, zielloses Kaputtsparen, Wachstum auf Teufel-komm-raus, Rettung von Investoren auf Sparerkosten. – Wo unterscheidet sich da die Opposition von der Regierung, außer in Schattierungen? Von Wahl zu Wahl wird's schwieriger, die am wenigsten falsche Politik zu finden.

Beobachter des Zeitgeschehens erleben als Wähler den Wahlakt als Beschädigung ihrer selbst. Harald Welzer meint, irgendwann müsse Schluss sein damit, die eigene Toleranzschwelle gegenüber dem „kleineren“ Übel immer tiefer zu legen. Damit stabilisiere man nur dauerhaft das Schlechte. Jetzt sei der Zeitpunkt, sein zähneknirschendes Einverständnis aufzukündigen und nicht mehr zu wählen.

Jedoch: Wenn ich nicht wähle, kann man es mir auch als Desinteresse oder Faulheit auslegen. Mit Nichtwählen habe ich keinen Willen geäußert und keine Botschaft auf den Weg gebracht. Nichtwähler erscheinen als passive Masse und ohne die Wahrscheinlichkeit, den Mächtigen einmal in die Quere kommen zu können.

Deshalb bleibt einem verantwortungsbewussten Menschen bei dieser Wahl im Jahr 2013 nur die dritte Möglichkeit übrig, nämlich das **Ungültig-Wählen**. Wenn dies zudem auf eine einheitliche und vorher abgesprochene Art und Weise geschieht, kann niemand behaupten, die Wähler seien zu dumm gewesen oder hätten aus Wut, aus Laune oder im Affekt gehandelt. Vielmehr haben sie ihren starken, unzweifelhaften Willen ausgedrückt. Sie haben sich aufgerafft und sind zum Wahllokal gegangen und haben die gleiche Zeit aufgewendet, wie jeder andere Wähler. Mit der einheitlichen Art der Ungültigmachung wird ein Wiedererkennungseffekt erzeugt, der sich nach der Wahl sogar als Charakter einer eindeutigen politischen Bewegung in Prozentpunkten ausdrücken ließe.

Bei den letzten 11 Bundestagswahlen lag der Anteil ungültiger Stimmen bei durchschnittlich 1,1 % (vor 1990 darunter und nach 1990 darüber, Spitzenwerte 2005 mit 1,6 % und 2009 mit 1,4 %). Wenn wir kritischen, zukunftsbesorgten und überparteilichen Staatsbürger diesen Wert deutlich übertreffen könnten, würde diese unzweifelhafte Willensbekundung Geschichte schreiben.

In diesem Sinne: Wir haben die Möglichkeit, anlässlich dieser Wahl aus unserer Region heraus eine eindeutige Botschaft an die große Bundespolitik zu schicken. Wer mitmacht, hat nichts zu verlieren, ja er fordert nur eine bessere Politik für sich und vor allem für seine Kinder. Wenn auch das Wahlergebnis schon jetzt fest steht, die Wahl würde eine andere sein.

Ich plädiere also dafür, **wählen zu gehen** und im Wahllokal **QUER über den Wahlzettel** die beiden Worte „**NICHT WÄHLBAR**“ zu schreiben und sonst nichts, und den Zettel dann wie gehabt in die Urne zu stecken.

### **Über den Kater nach der Wahl (Oktober 2013)**

Auf das Ergebnis der Bundestagswahl kann ich hier leider nicht eingehen, da dieser Artikel aus redaktionellen Gründen vor dem 22. 9. verfasst wurde. Sicherlich aber bleibt Merkel Kanzlerin, und sicherlich gestatten sie und ihr Team der großen Wirtschaft weitere 4 Jahre lang möglichst freien Zugriff auf das Eigentum der Allgemeinheit.

Als Begründung werden wir uns die alte Platte von „Wachstum und Wohlstand und Wettbewerb und Beschäftigung usw.“ weitere 4 Jahre lang anhören müssen. Und wieder bestimmt nicht die Mehrheit, was darunter gemeint ist, sondern jenes eine Prozent der Bevölkerung, welches gut 35 Prozent des Privatvermögens besitzt. Dessen Abgesandte dürfen der Kanzlerin öfter mal ihre Aufwartung machen und Wunschzettel bis hin zu fertig geschriebenen Gesetzestexten vortragen.

Nun gut, man soll ja positiv in die Zukunft schauen. Vielleicht heißt der Koalitionspartner ja jetzt SPD statt FDP, und es kommt also jene Koalition zustande, wie sie von Deutschlands auflagenstärkster Zeitung seit Monaten schon herbei geschrieben wird.

Laut einer aktuellen Studie über die Berichterstattung der Bildzeitung vor der Wahl (im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung), funktioniert das so: Angela Merkel wird seit dem Frühjahr nicht mehr kritisiert. Allenfalls lässt man noch ein paar kleine Änderungswünsche und freundliche Beanstandungen fallen, um das Wohlwollen etwas zu tarnen.

Ab Mitte Juli bereits hatte BILD sich auf eine große Koalition festgelegt. Gegen die SPD wurden keine großen Attacken mehr gefahren, ja man achtete darauf, sie inhaltlich eher zu schonen. Ab und zu und zwischen den Zeilen unterstellte man ihr ein wenig Unvermögen und ließ sie etwas trottelig, aber durchaus koalitionsfähig für die so „vernünftige“ Kanzlerin erscheinen.

Peer Steinbrück wurde als ein netter Mann aufgebaut, der zwar tapfer, aber letztlich

ergebnislos kämpft und vom Pech verfolgt ist. So wurde dieses festgefügte Deutungsmuster vom „Pannenpeer“, - das übrigens auch andere große deutsche Zeitungen weiter pflegten -, den Bildlesern tagtäglich bis kurz vor dem Gang zur Wahlkabine vorgedudelt.

Den kritischen Beobachter erinnert diese Wahlvolkpflege und Ergebnisvorbereitung an Beweihräucherungen für Partei und Vorsitzenden vor einer Wahl in Nordkorea; nur dass die Politik hierzulande diese Arbeit der freien Wirtschaft überlassen kann.

Die nachfolgenden Generationen schließlich, und dies ist das erste, was uns interessieren müsste, werden auch in den nächsten 4 Jahren keine Lobby haben, weder in der Regierung, noch in der Opposition. Die Medien berichten zwar pflichtgemäß in Dokumentationen und Meldungen über neueste Auswirkungen des Klimawandels, über Meeresverschmutzung, Kriege um Bodenschätze, vergiftete Landstriche und hungernde Kinder in Afrika und andere katastrophale Nebenwirkungen unseres sogenannten Wohlstands. Aber abends in den Nachrichten darf dann doch wieder irgendein Parteisoldat begründen, wieso die altbekannte wirtschaftspolitische Marschrichtung die richtige sei, und kein Journalist kommt auf die Idee, dies grundsätzlich in Frage zu stellen.

Das zweite, das uns interessieren müsste, ist die fortwährende Beschädigung unserer eigenen Lebenswirklichkeit. Diese geschieht doch parallel zum ersten Thema und hängt ursächlich damit zusammen. Die neueste Gefahr: Nach jahrzehntelanger Abschaffung von Arbeit für Menschen durch den sogenannten technischen Fortschritt und durch die Globalisierung, steht nun die Abschaffung auch der geistigen und administrativen Arbeit für Menschen an. Intelligente Maschinen übernehmen mittels Software, Scanneranalytik, Datenhochrechnung, sogenanntem Hypothesenmanagement, usw. auch noch zunehmend unsere letzte Domäne, und man wird sich ernsthaft fragen müssen, wofür wir Menschen auf der Erde überhaupt noch da sind, außer für den Verbrauch von Waren. Wer heute meint, sein Arbeitsplatz sei sicher, hat nur noch nicht verstanden, wie die ökonomische Dynamik wirkt.

Die Politik wird dem wieder mal vorher nichts entgegenzusetzen haben und nachher die Folgen bestaunen. Und die Bevölkerungsmehrheit? Über Dummheit zu schreiben ist nach wie vor ein Tabu und wird als Beleidigung, statt als Sachaussage angesehen. Ich werde mich bemühen sachlich zu bleiben, auch wenn es mir angesichts alltäglicher Idiotien schwer fällt.

- Wer mir mal schreiben möchte kann dies übrigens auch über die Website der Menschenrechtsorganisation Zukunftslobby e.V. tun, zu finden im Internet.

### **Über Gerstensuppe und Allgemeinbildung (November 2013)**

Ich mag keine Gerstensuppe. Als ich ein Kind war, kam diese eigenwillige Speise aber des öfteren in den Teller. Noch heute erinnere ich mich an die gelblichweiße Mischung aus dickflüssig glibberiger Substanz mit Tausenden festeren glitschigen Körnchen darin, ohne besonderen Geschmack, die man weder so schlucken, noch vernünftig kauen konnte.

Auch weiß ich noch meine Phantasien beim Runterwürgen: Wie es wäre, wenn es zum Essen nur Gerstensuppe gäbe, keine Bratkartoffeln, keine Specknudeln, kein Blumenkohl und keinen Braten am Sonntag. Das Leben wäre der Horror aus Gerstensuppe, satt, aber eine stete Qual.

- Szenenwechsel. Wie Anfang Oktober gemeldet wurde, sind die Deutschen im PIAAC-Test der OECD, einer Art Erwachsenen-Pisa, nur im unteren Mittelfeld gelandet. Die Forscher wollten wissen, inwieweit Erwachsene grundlegende Kompetenzen beherrschen, die nötig sind, um an der Gesellschaft teilzuhaben. Nach dem ersten Schock beruhigte man sich schnell

mit der Hoffnung, die Politik wäre ja dabei, das Bildungssystem nachzurüsten, was die zukünftigen Erwachsenen bestimmt gebildeter mache. Jedoch: Ist es so einfach?

Auch die Bundestagswahl war gewissermaßen ein Test zum Alltagswissen der Deutschen. 47,5 % aller Wahlberechtigten (so viele haben ihre Stimme der CDU und der SPD gegeben) wählten eine Politik, nicht Fisch nicht Fleisch, die wischiwaschi rein gar nicht das Notwendigste tut, die nicht vorsorgt gegen das, was auf uns zukommt, geschweige denn, die auf ein wirklich besseres Leben für alle hinarbeitet.

Nur drei von Hunderten Beispielen dazu:

Vor Lampedusa sind wieder Flüchtlinge ertrunken. Den wenigsten Erwachsenen aber in Mitteleuropa ist bewusst, dass wir direkt daran schuld sind. Seit Jahrzehnten erstickt unser Profitstreben, unsere Wohlstand genannte Völlerei, in den meisten afrikanischen Ländern jede Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens und jede längerfristige Perspektive im Keim:

Unsere Fischfabrikschiffe fangen die Küstenregionen rund um Afrika leer, und machen damit die einheimische Fischereiwirtschaft kaputt. Unsere Agrarüberschüsse, wie Geflügelteile, überschwemmen zu Dumpingpreisen afrikanische Märkte, sodass sich dort kaum eine eigene Nahrungswirtschaft mehr rentiert. Gegenüber Millionen Tonnen spottbilliger europäischer Altkleider gelangt keine afrikanische Textilindustrie in schwarze Zahlen.

Dazu kommt die Destabilisierung von Ländern mit Bodenschätzen, weil diese meist nur von Rebellenclans, korrupten Politikerclans oder ausländischen Konzernen ausgebeutet werden. Die Menschen dort haben nicht nur keinen Nutzen davon, sie müssen unter ständiger Bedrohung leben, nur damit wir hier beispielsweise billige Elektronikprodukte verbrauchen können. Wenn WIR unter solcher Aussichtslosigkeit lebten, würden auch von uns viele flüchten, selbst auf die Gefahr hin, einsam im Mittelmeer zu ersaufen. Wenn wir uns weigern, unsren Lebenswandel grundsätzlich zu ändern, sind wir mindestens verpflichtet, alle Flüchtlinge aufzunehmen.

Oder: Energiekommissar Oettinger (CDU) ist erwischt worden, wie er die Subventionen für herkömmliche Energieträger aus einer Studie seines eigenen Hauses herausgestrichen hat. Diese sind nämlich viel höher als die EEG-Umlage für regenerative Energie, und solche Zahlen kann die Union beim Draufschlagen auf Wind- und Sonnenenergie ja gar nicht gebrauchen. - Gehören diese Tatsachen zum Wissensstand des Durchschnittsdeutschen?

Oder: Seit der Verkehrsminister einmal über eine Taglichtpflicht für alle Kraftfahrzeuge nachdachte, schalten viele Fahrer ihr Licht nicht mehr aus. Hatten die keinen Physikunterricht in der Schule? Haben sie vergessen, dass Lichtenergie keineswegs aus dem Nichts kommt?

Auch Scheinwerfer verbrauchen Kraftstoff. Dies können mit Glühlampenlicht über 2 % mehr sein oder Kosten um 50 Euro jährlich. Fährt nur jeder vierte deutsche Autofahrer tagsüber, wo der Sicherheitsgewinn gleich Null ist, mit Licht, verursacht dies pro Jahr eine zusätzliche CO<sub>2</sub>-Belastung, wie der komplette deutsche Fahrzeugbestand an zwei Tagen.

Ob Oettinger, Innenminister Friedrich, Ramsauer oder andere Politpromis, diese Leute können eigentlich doch nur entweder Idioten oder Lügner sein. Wieso aber wählen normale Deutsche Idioten oder Lügner zu den Gestaltern ihrer Lebenswirklichkeit? – Eben, weil ihr Alltagswissen nicht wirklich alltagstauglich ist. - Oh wie öde, auf ewig Gerstensuppe, auch für mich und die Minderheit, die sich besseres wenigstens vorstellen kann, aber nur davon träumen darf.

**Über Kinderwünsche** (Dezember 2013)

In wenigen Wochen ist Weihnachten und viele Eltern fragen sich, was sie den Kindern denn schenken sollen. Am bequemsten ist, das zu kaufen, was der Nachwuchs haben will, etwa den neuesten Legokampfröbter aus Plastik, die neueste Spielkonsole oder das aktuellste Smartphone mit coolen Apps drauf.

Doch ist dies das Beste für die Jugendlichen? Immerhin wollen sie das Zeugs meist nur, weil es andere auch haben, weil Werbung sie heiß darauf gemacht hat und weil man sich ohne diese Dinge im Freundeskreis ausgeschlossen vorkommt. Schlimmer noch: Alle Elektronikartikel, Plastikobjekte, Modeklamotten und sonstiger moderner Kram werden unter Erzeugung enormer Umweltschäden produziert.

Mit anderen Worten: Was Kinder sich heutzutage am sehnlichsten wünschen, zerstört deren natürliche Lebensgrundlagen am gravierendsten. Diese Tatsache ist, wenn es ums Thema Schenken geht, das eigentliche Drama unserer gegenwärtigen Konsumgesellschaft. Kann man von Kindern verlangen die Zusammenhänge zu kennen und die Wünsche danach auszurichten, wenn dies den meisten Erwachsenen schon völlig egal ist?

Die dreizehnjährige Severn Suzuki aus Kanada hat dies vor über 21 Jahren getan. Auf dem UN-Umweltgipfel in Rio de Janeiro hielt dieses mutige Mädchen am 11. Juni 1992 vor allen teilnehmenden Erwachsenen eine beeindruckende Rede und wünschte sich, was alle Kinder dieser Welt am dringendsten brauchen. Leider haben die Erwachsenen Severns Wunsch bis heute nicht erfüllt.

Sie sagte damals (*aus Platzgründen gekürzt, vollständig im Internet zu finden*):

“Hallo, ich bin Severn Suzuki. Wir sind eine Gruppe mit vier Kindern aus Kanada ... Wir haben das Geld (für die lange Reise) selbst aufgebracht, um euch Erwachsenen zu sagen, dass ihr eure Wege ändern müsst... Ich kämpfe für meine Zukunft. Meine Zukunft zu verlieren ist nicht vergleichbar mit ... verlorenen Punkten an der Aktienbörse.

Ich bin hier, um für alle zukünftigen Generationen zu sprechen, ... für die hungernden Kinder in der ganzen Welt ... für die unzähligen Tiere, (denen) der Platz zum Leben genommen wurde. ... Ich bin besorgt, wenn ich die Luft einatme, weil ich nicht weiß, welche Chemikalien darin sind. ... jetzt hören wir Tag für Tag von Tieren und Pflanzen, die aussterben - verschwunden für immer. ...

Habt ihr euch über diese Dinge Gedanken machen müssen, als ihr in meinem Alter wart? All dieses passiert vor unseren Augen, aber wir handeln als hätten wir alle Zeit der Welt und für alles eine Lösung. (Doch) ihr wisst nicht, wie Ihr die Löcher in der Ozonschicht reparieren könnt. Ihr wisst nicht, wie ihr den Lachs in einen toten Fluss zurückholen könnt. Ihr wisst nicht, wie ihr ein ausgestorbenes Tier zurück in einen Wald bringen könnt, der einmal dort wuchs, wo jetzt eine Wüste ist. Wenn ihr nicht wisst, wie ihr das alles reparieren könnt, dann hört bitte damit auf, es zu zerstören.

Hier mögt ihr Delegierte eurer Regierungen sein, Geschäftsleute, Veranstalter, Reporter oder Politiker. Aber in Wirklichkeit seid ihr Mütter und Väter, Schwestern und Brüder, Tanten und Onkel. Und ... das Kind von irgendjemandem. Ich bin nur ein Kind, aber ich weiß, dass wir alle Teil einer großen Familie mit fünf Milliarden Verwandten sind - genaugenommen sind wir Mitglieder einer Familie aus 30 Millionen Arten. ...

In meinem Land erzeugen wir so viel Müll. Wir kaufen und werfen weg, kaufen und werfen weg. ... Obwohl wir mehr als genug haben, haben wir Angst, etwas von unseren Vermögen zu verlieren, ... Vor zwei Tagen waren wir geschockt, als wir hier in Brasilien einige Zeit mit einigen Straßenkindern verbrachten. ... ,dass es einen ungeheuerlichen Unterschied macht, wo man geboren ist. ...

In der Schule ... lehrt ihr uns, ... nicht mit anderen zu kämpfen, für etwas zu arbeiten, andere zu respektieren, Ordnung zu halten, keine anderen Lebewesen zu verletzen, zu teilen, nicht

gierig zu sein. Warum geht ihr dann hinaus, und macht das Gegenteil von dem, was ihr uns gelehrt habt? ... Ihr entscheidet, in was für einer Art Welt wir aufwachsen werden. Eltern sollten die Möglichkeit haben ihre Kinder zu trösten, indem sie ihnen sagen können "Alles wird gut." "Wir tun alles was wir können." ... Aber ich denke nicht, dass ihr das je wieder zu uns sagen könnt. Sind wir überhaupt auf eurer Prioritätenliste? ... Was ihr tut, lässt mich nachts weinen. Ihr Erwachsenen sagt, ihr liebt uns. Ich fordere euch auf, bitte, lasst eure Taten eure Worte widerspiegeln. Danke für eure Aufmerksamkeit.“

### **Über den Wandel im Einzelhandel** (Februar 2014)

Noch ist die Palette von Einzelhändlern in Deutschland vielfältig. Sie reicht vom kleinen Fachgeschäft in der Kleinstadt bis hin zum riesigen US-Handelskonzern im Internet. Immer deutlicher jedoch macht sich ein Wandel breit, von dem noch niemand weiß, wohin er führt. Früher existierten überall im Land verteilt kleine Läden mit verlässlichem Umsatz. Darüber hinaus gabs noch die dicken Versandhauskataloge von Quelle, Neckermann, Otto, usw., und in größeren Städten zum Stöbern über mehrere Stockwerke die reich sortierten Warenhäuser wie Kaufhof, Hertie, Karstadt, usw. Überall bot der Handel sichere und nahe gelegene Arbeitsplätze. Die Aussicht, dies könnte einmal zusammenbrechen, war schwer vorstellbar.

Die erste Veränderungswelle kam ab den 1980er Jahren mit den Betonkästen auf der grünen Wiese. Nahezu alle kleinen Geschäfte in der Umgebung verloren Kundschaft. Der Großmarkt unsrer Region wirbt mit dem Spruch, bei ihm wäre „*die Welt noch in Ordnung*“. Offenbar war dies dem Eigentümer beim Vergleich des eigenen Verdienstes (laut Managermagazin etwa 57500 Euro STUNDENLOHN!) mit jenem der armen Kleinhändler eingefallen.

Die zweite Welle kam mit dem Internet-Handel. Was mit Büchern, Unterhaltungselektronik und CDs begann, dehnt sich gerade auch auf Kleidung, ja sogar auf Lebensmittel aus. Auf lange Sicht verschwindet wohl der gewohnte Einzelhandel samt dazugehörigem Arbeitsmarkt. Die sozialen Folgekosten für die Allgemeinheit sind nicht abzusehen.

Was tut die Politik? Die erste Welle hat sie mit Gewerbegebietsförderung unterstützt. Heute braucht man in den meisten deutschen Orten ein Auto, um ein Brot zu kaufen. Was manche Leute im Großmarkt sparen, fließt in ein teureres Auto zum Hinfahren, und eventuell gesparte Zeit fließt in mehr Konsum und Fernsehen.

Und immer mehr wird hochgezogen. Besonders im Rheintal macht sich der Gewerbeinfarkt breit. Wo einmal Gemüse wuchs, stehen Logistikhallen, und was einmal Dorfstraßen waren, sind jetzt stinkende Gewerbezubringer bzw. laute Einflugschneisen für An- und Auslieferungsdienste der emporstrebenden Onlineunternehmen.

Zwar ist es schön bequem, zu Hause am PC zu „shoppen“. Der Preis dafür aber ist hoch. Zu den verödeten Innenstädten, den verschwundenen Ackerflächen, der entstellten Landschaft, den weggefallenen nahen Arbeitsplätzen und einem irrsinnig hohen Verpackungsmittelbedarf, kommt die ansteigende Verkehrsbelastung. Meist werden Artikel einzeln transportiert, sollen möglichst heute schon da sein und werden dann noch in fast 3 von 4 Fällen retour geschickt. Die transportierte Paketmenge in Deutschland soll laut Transportverband bis 2023 von jährlich 2,5 auf 3,5 Milliarden ansteigen. Kommen dann auch noch mehr Lebensmittel hinzu, wird's auch in Wohngebieten richtig ungemütlich vor lauter Kleintransportern, die im permanenten Stop-and-Go-Verkehr enorm viel Sprit schlucken und giftige Abgase ausstoßen.

Was kann man tun? In Darmstadt, Mainz und Worms sind Bürgerinitiativen recht erfolgreich

gegen neue Gewerbegebiete vorgegangen. In Kastellaun hatten kürzlich sämtliche Geschäfte die Schaufenster mit Packpapier verhüllt. Mit der Aufschrift :„*Wir malen den Teufel an die Wand*“, führten sie drastisch das Szenario einer Innenstadt ohne Einzelhandelsgeschäfte vor. Im Wochenspiegel läuft die Aktion „Offline Shoppen - Wir kaufen vor Ort“.

Zu befürchten steht allerdings, dass Appelle an die Kundenvernunft letztlich wenig bringen, dass der Kampf der Kleinen am Ende doch verloren geht.

Wirklich helfen würde die Änderung des wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmens auf oberster Ebene. Der Wettbewerb braucht andere Regeln um gesellschaftsdienlich und fair zu sein.

Konkret: Ausländische Konzerne müssten auch in Deutschland endlich Steuern zahlen. Amazons Buchhandel ohne Versandkosten ist im Prinzip eine halblegale Umgehung der deutschen Buchpreisbindung. Darüber hinaus muss die für Kunden kostenlose Rücksendung abgeschafft werden. Dann überlegen sich die Leute zweimal, ob sie nicht besser ins Geschäft gehen. Vermeidbare Verpackung, erhöhte Verkehrs- und Abgasbelastung, Landverbrauch, etc. muss sich mit Zusatzkosten für die Kunden auswirken.

Geschlossene kleinräumige Regionalmodelle aus Erzeugung, Handel und Konsum müssen begünstigt werden, auch weil dies der regionalen Eigenständigkeit an sich zu Gute käme. Doch von der jetzigen Bundesregierung ist kaum zu erwarten, dass sie hinter ihrem Wachstumsbrett vorm Kopf noch irgendwelche menschlichen Bedürfnisse erkennen kann.

### **Über sterbende Zeitungen (März 2014)**

„*Jetzt werbe ich mich selbst.*“ „*Wir von hier gratis testen.*“ „*Jetzt Leser werden und glänzen.*“ „*Langeweile? - Nicht mit uns.*“ - Die Werbeaktionen der regionalen Tageszeitungen um Neuabonnenten haben stark zugenommen. Alle paar Wochen flattert uns mit dem üblichen Papier auch ein Faltblatt im modernsten Prospektdesign ins Haus, das uns mit Hilfe von „Topprämien“ die Bestellung eines Abos schmackhaft machen soll.

Den Tageszeitungen geht es nicht gut. Einerseits bricht ihnen der Leserstamm weg, andererseits wandern immer mehr Werbekunden ins Internet oder anderswo hin. Eine deutsche Zeitung nach der anderen speckt ab, macht dicht oder wird von größeren Verlagen übernommen, und jedes Mal sitzen wieder ein paar Journalisten auf der Straße und bricht ein weiteres Stück der Vielfalt weg.

Verschiedene Gründe für diese Tendenz zur Abkehr von den Tageszeitungen werden diskutiert. Vor allem das Internet soll schuld sein. Junge Leute zeigen immer weniger Interesse an der Berichterstattung oder begnügen sich mit den Kurznachrichten vom Smartphone. Ältere treue Stammleser von täglich gedruckten Seiten sterben weg, ohne durch junge im gleichen Maße ersetzt zu werden. Auch findet Nachrichten, wer solche lesen will, kostenlos im Internet, entweder in den notgedrungenermaßen angebotenen Onlineausgaben der Zeitungen selbst, in solchen der Öffentlichrechtlichen Konkurrenz oder in freien Portalen und Blogs.

Dazu kommt der alltägliche Nachrichtendiebstahl von Google und Co, gegen den sich noch kein Verlag getraut hat vorzugehen. Parallel dazu verlagert die Werbewirtschaft ihre Schwerpunkte, und so scheinen die traditionellen Tageszeitungen ihren schwarzen Peter nicht mehr loszuwerden. Doch gibt es nicht auch inhaltliche Gründe?

Die kommunale Berichterstattung ist bisweilen etwas seltsam. Da war man selber höchstpersönlich auf einer Veranstaltung, auf der Vereins-, Gemeinderats- oder Fassenachtssitzung, bei der Kinderaktion oder bei einem Feuerwehreinsatz, und muss am



nächsten Tag beim Lesen des Berichts darüber so manches Mal verwundert die Stirn runzeln. War der Zeitungsschreiber womöglich ganz woanders? Irgendwann kann man auch anderen Artikeln nicht mehr so recht trauen.

Schwerer jedoch wiegt jenes Defizit, welches regionale mit den großen Zeitungen wie auch mit Fernsehen und Radio gemein haben: Was die Berichterstattung zu überregionaler Politik betrifft, haben sie sich bereitwillig zu artigen Hofberichterstattungen degradiert. An dieser Tatsache ändern auch kritische Kommentare zu einzelnen aktuellen Auswüchsen nichts.

Das komplette ökonomische System an sich wird nie in Frage gestellt. Durchaus finden sich in unseren Zeitungen auch tiefergehende Texte, die ergänzend zu Entscheidungen von Politikern unbequeme Zusammenhänge aufzeigen, weiter reichende Folgen abschätzen und Alternativen aufzeigen. Nur geschieht dies hinten im Feuilleton, bzw. zu den miserabelsten Sendezeiten. Verfasst von rhetorisch versierten Leuten, die aber nicht in der Lage sind alltagspraktische Bezüge herzustellen oder sonstwie den „Groschen zum Fallen“ zu bringen, bleiben diese Berichte für die Masse unverständlich.

Auf der Titelseite der Zeitung beispielsweise, bzw. in den 8-Uhr-Nachrichten darf der Regierungspolitiker sein abermaliges Gesülze zu Wachstum und Wettbewerb ablassen, und auf Seite 14 der Samstagsausgabe, bzw. abends um 23:45 Uhr kommt dann ein kritischer Bericht zu den enormen Folgeproblemen, die vorne aber unter den Tisch gekehrt wurden. Es ist wie mit einem problematischen Arzneimittel, wo die Leute einerseits überall die Packung aufgeschwatzt bekommen, den Beipackzettel aber und die ärztliche Warnung zu Nebenwirkungen erst später, zusammenhanglos, in Mikroschrift gedruckt und nass geregnet, wenn überhaupt, vor der Haustür auffinden.

Die Öffentlich-rechtlichen Anstalten können bequem bei dieser organisierten Volksverblödung bleiben, da ihre finanzielle Ausstattung durch den Wegelagererzoll, genannt Rundfunkbeitrag, gesichert ist.

Die Zeitungen aber können nur überleben, wenn sie sich und ihre Existenzberechtigung neu erfinden. In einem Zeitalter, wo die natürlichen Lebensgrundlagen immer rasanter zur Erzeugung neuen Wirtschaftswachstums verheizt und dabei noch riesige soziale und finanzielle Langzeitschäden angerichtet werden, braucht es neue Qualitäten der Berichterstattung, gewürzt mit aufbegehrender Leidenschaft und erfrischender Subjektivität.

Das bestehende Wirtschaftssystem ist kein objektives Konstrukt, kein Fels in der Brandung brausender Gesellschaftskrisen, sondern deren Verursacher. Seine Protagonisten aus Altparteien und Wirtschaft reihen doch nur deshalb permanent die immer gleichen Schlagworte aneinander, um die eigene Ratlosigkeit zu verschleiern. Durch unkommentierte Berichterstattung darüber, wird der ökonomisch größte Blödsinn, mitsamt dem Kopf aus dem er kam, nur ständig neu geadelt.

Wann erkennen die Zeitungen, dass sie missbraucht werden? Dabei ist das Unbehagen unter den meisten Lesern doch schon da. Sie ahnen den Zusammenhang zwischen ihren eigenen Alltagsproblemen, zwischen den düsteren Perspektiven für ihre Kinder und der realen Politik. Wer dies Unbehagen in Worte fasst, ohne Rücksicht auf heilige Kühe, und dazu noch Rückmeldungen bis hin zum Dialog ermöglicht, und diese Konsequenz eben nicht dauernd mit wachstumsideologischem Politikersprech, mit Textbausteinen von Presseagenturen und Leerformeln von Ökonomiestars unterbricht, erweckt dauerhaftes Interesse.

Den absehbaren Niedergang vor Augen sollten Zeitungen diese alternative Identität zumindest mal überdenken.

**Über kommunales Wählen** (April 2014)

Parallel zur Europawahl werden am 25. Mai auch die Kommunalparlamente in Rheinland-Pfalz neu gewählt. Nach welchen Kriterien soll man den antretenden Personen oder Listen denn seine Stimme geben? Immerhin sind hier andere Aspekte wichtig, als bei Landtags- und Bundestagswahlen. Drei Themen seien hier mal angesprochen.

1. Wie stehen die Kandidaten zu Bürgerbeteiligung und Transparenz? In den meisten Orten werden die Bürger bisher systematisch rausgehalten aus der Politik. Veröffentlicht werden lediglich Pflichtinformationen, wie nichtssagende Sitzungsniederschriften, während die entscheidenden Abwägungen im Geheimen stattfinden.

In welchem Gemeinderat wird noch diskutiert? Wer kann sich noch an die letzte Bürgerversammlung in seinem Ort erinnern? Laut Gemeindeordnung soll mindestens einmal im Jahr eine stattfinden. Wieso gibt es keine regelmäßigen und vollständigen Infos für die Bürger und Möglichkeiten, sich einzubringen? Fürchtet man gar, jemand könnte mitbekommen, wie ratlos der gewählte Rat in Wahrheit ist?

2. Eine grundsätzlich neue Fragestellung gehört in die Kommunalparlamente: Was ist die wirkliche Ursache für die desolante Situation in den Regionen mit Phänomenen wie Überschuldung, Handlungsunfähigkeit gegenüber bröselnder Infrastruktur, Wegzug der hellsten Köpfe, Überalterung der Bewohner, Leerstand und Wertverlust der Gebäude, Schwächung des Handels, usw.?

Antwort: Dies alles sind einzig und allein Folgen falscher, kurzsichtiger Regeln unseres derzeitigen Wirtschaftssystems! Nicht nur Menschen und Natur haben diesem System zu Diensten zu sein, auch die Regionen müssen dafür bluten. Wer diesen fundamentalen Zusammenhang begriffen hat, sieht, dass die ärgsten Probleme von Regionalparlamenten gar nicht gelöst werden KÖNNEN, und die verbrieft Selbstverwaltung von den realen Tatsachen längst unterhöhlt wurde.

Sollten wir da nicht Bündnisse knüpfen zwischen den Kommunen und in den Regionen? Überall herrschen doch die gleichen Probleme. Dafür müssten neue Gemeinderatskandidaten aber notfalls etwas rebellisch und im Denken unabhängig sein. Bei Parteien und gewohnten Freie-Wähler-Listen stört hierzu meist der ideologisch gefärbte oder altbackene Horizont. Was aber bleibt uns übrig, als gehörigen Druck gegenüber der Bundespolitik aufzubauen, damit diese endlich die großen Regeln entsprechend ändert?

3. In Bezug zum zweiten Aspekt steht ein dritter. Die abgehängten Kommunen und Regionen verharren bis auf wenige Ausnahmen in der Defensive und der Niedergangsverwaltung. Jederzeit allerdings könnte man dies dokumentieren, am besten mit Bürgerunterstützung, aufschreiben woran es täglich hapert, welche Sachzwänge im Wege sind und, demgegenüber, was man eigentlich umsetzen und wohin man sich entwickeln möchte.

Heraus kämen Ortsentwicklungskonzepte, die durchaus umfangreicher, individueller und politischer ausfallen würden, als solche von entsprechenden Ingenieurbüros. Man hätte etwas Handfestes, einen Grundkonsens, etwas Vorzeigbares für Bündnisse, für Zuschuss- und Förderanträge und eine weiter zu entwickelnde Vorlage für die nächste Bürgerversammlung.

Wählen wir also am 25. Mai mit Köpfchen. Wählen wir nicht schon wieder gewisse Lokalhonoratioren, den Bauunternehmer, den größten Landwirt, den Vereinsvorsitzenden oder den lautesten Sprücheklopfer.

Wählen wir jene, die sich auf die nächste Sitzung auch vorbereiten, die Fragen stellen, Antworten wollen und beraten können, jene, die nicht nur Vorgekauft absegnen und ihr Sitzkissen wärmen, sondern die Vorschläge machen und Anträge stellen, jene, die ihr Harmoniebedürfnis im Griff haben und auch mal mit nein stimmen, die den Bürgermeister

kritisieren für Alleingänge und wenn er Themen nicht aufgreifen will.

Wir brauchen auch mutigere Bürgermeister. Wir brauchen Verwalter und Gestalter gleichermaßen. Erstere sollten frei von Eitelkeit ihre Grenzen kennen und jenseits davon die Gestalter beim Wort nehmen. Nichts Neues zu probieren heißt, im Fluss zu treiben wie der tote Fisch. Nur mit Handeln kann man überhaupt noch steuern.

Und wir brauchen Bürgerversammlungen vor der Wahl, zur Aussprache, zur Ideen- und Lösungsfindung, als Kandidateninformation und für ein besseres Gefühl von Zusammengehörigkeit. Kein Gemeinderat kann dies ablehnen, jedenfalls nicht mit nachvollziehbarer Begründung.

---

### Über Europapolitik (Mai 2014)

Am 25. Mai wird parallel zur Kommunalwahl auch ein neues EU-Parlament gewählt. Kritik an dessen bisheriger Ausgestaltung der Idee Europa gibt es ja genug. Ob rechte Radikale, Euroskeptiker, Separatisten, Nationalisten, usw. oder ob Arbeitnehmervertreter, Banken- und Wirtschaftskritiker, Umweltgruppen, konsequente Demokraten und Organisationen zur Unterstützung von Drittstaaten: Von absurd und populistisch bis hin zu wirklich gerechtfertigt und logisch nachvollziehbar reicht die Palette von Einwänden zur EU-Politik, - aber fragen wir doch mal: Zu was eigentlich soll dieses Projekt Europa gut sein?

Das ursprüngliche Ziel war Friedensbewahrung durch wirtschaftliche Zusammenarbeit und ein Mindestmaß an qualitativem Wohlstand, aber auch durch die Schaffung einigermaßen beruhigender Zukunftsaussichten, durch kulturellen Austausch und die Achtung nationaler Eigenarten. Heute aber haben wir eher einen Dschungel aus Abhängigkeiten, Profitinteressen und Sachzwängen, statt faire Kooperation. Das ökonomische Wachstum wurde zum goldenen Kalb der EU-Politik gekürt. Um es zu füttern, opfert man gewachsene, regionale Eigenheiten und Unabhängigkeiten, manipuliert die ursprüngliche Definition von Grundbedürfnissen auf immer höhere Niveaus und schädigt die natürlichen Lebensgrundlagen mit ständig neuen Ausreden weiter. Die ärmeren Weltregionen sind zu unseren Müllkippen und die Menschen dort zu unseren Billigsklaven geworden. Wohlstand meint vor allem den Konsum von Dingen und konsumorientierte Freizeitaktivität. Die Jugend Europas sieht immer weniger Aufgaben, Perspektiven und Chancen für sich. Gegen die Jugendarbeitslosigkeit fehlt der EU jeglicher Ansatz eines Konzepts. Und nun soll der blindwütigen Fixiertheit aufs rein Wirtschaftliche, mit dem „*Freihandelsabkommen*“ zwischen EU und USA, abgekürzt TTIP, noch eins drauf gesetzt werden. Anders als ein erlauchter Kreis von Wirtschaftslobbyisten, die große Teile des Vertragswerks mit verfassung, hat das Volk davon nur durch unerlaubt veröffentlichte Unterlagen erfahren. Über den Nutzen werden uns Halbwahrheiten und völlig überzogene Zahlen genannt. Mit altbekannten Totschlagsphrasen wie: „*für mehr Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung*“, „*Tausende neuer Arbeitsplätze*“ und „*deutliche Einkommenszuwächse für alle*“ soll die Bevölkerung abgelenkt und ruhig gestellt werden.

Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaftler aber warnen, am Ende werde es, außer fetten Gewinnen für die Großkonzerne, nur Verlierer geben. Amerikanische Genfoodprodukte liegen dann ohne jede Kennzeichnung in deutschen Läden. Arbeitnehmerrechte werden auf US-Niveau zurückgeschraubt, ebenso deutsche Umweltschutzgesetze, geltende Kulturstandards, Vorsorgeprinzipien gegenüber möglichen Technologiegefahren, usw. Alles was dem totalen Geschäft als „*Investitionshemmnisse*“ im Wege steht, soll abgeschafft oder gestutzt werden. Zu allem Übel: Den Konzernen soll gar ein Sonderklagerecht eingebaut werden gegen den Staat, wenn Verbesserungen im Umwelt- und Sozialbereich und im Verbraucherschutz ihre Gewinnerwartungen schmälern. So lassen sich ganze Völker mit Schadenersatzdrohungen zum perversesten Neoliberalismus erpressen und gefügig machen. Auch können Kommunen kaum noch Aufträge vor Ort vergeben, ohne eine Klage von US-

Firmen zu riskieren. Ebenso ist es bei Vergabe etwa der Wasserversorgung oder mit einem Vorrang für regionalen Handel. Wenn das Klagerecht kommt, regieren die Rechtsabteilungen der internationalen Konzerne in Deutschland mit. Doch die jetzt herrschenden EU-Parteien glauben allen Ernstes, dass wir TTIP brauchen und die Verhandlungen geheim sein müssen. Fehlt uns ein US-Auto in der Garage, Chemie und Medikamente aus USA, Fracking-Gas und Hormonfleisch? Sollen wir auch noch die Dumping-Erzeugnisse der US-Agrarlobby in uns hinein stopfen? Werden wir glücklicher, wenn wir noch mehr Plunder konsumieren? Ja wie kommen die drauf, dass man der Umwelt die zusätzlichen Belastungen durch den Warentransport über den Atlantik auch noch zumuten kann?

Statt CDU, SPD, FDP, AfD oder Rechtspopulisten, sollte man am 25. Mai besser jene wählen, welche die TTIP-Verhandlungen sofort beenden wollen. Auch Kleinparteien sind diesmal interessant, weil mit Abschaffung der 3%-Hürde durch das Verfassungsgericht keine Stimme mehr verloren geht. ALSO: Sich informieren und für ein bunteres EU-Parlament stimmen!

### **Über Mensch und Wasser (Juni 2014)**

Nichts ist für den Menschen so wichtig wie Wasser. Ob direkt als Trinkwasser, ob als Bewässerung von Anbauflächen oder ob als Gessöff für das Vieh, - ohne Wasser wären wir in kurzer Zeit tot. Darüber hinaus lässt erst Wasser Wälder, Flusstäler und andere Naturräume gedeihen, formt Landschaften und gibt der Heimat ihren eigenen Charakter. Ja, auch jegliche Warenproduktion ist mit mehr oder weniger hohem Wasserverbrauch verbunden, d.h. ohne Wasser gäbe es keine Arbeitsplätze und es gäbe nichts zu kaufen.

Wasser gibt es auf der Erde im Überfluss. Kein einziger Tropfen kann den Planeten verlassen oder vernichtet werden. Allerdings befinden sich 97% davon völlig versalzen in den Ozeanen der Erde. Von den 3% Süßwasser sind knapp 70% als Gletschereis gefroren, 30% stecken als Grundwasser im Boden, und nur 0,3% ist Oberflächenwasser in Form von Seen, Sümpfen oder Flüssen. Nur ein sehr geringer Teil des Süßwassers ist auch als Trinkwasser nutzbar. Der große Rest ist entweder unzugänglich, mit Schadstoffen oder Keimen belastet oder aus anderen Gründen nicht verwendbar. In immer mehr Weltregionen ist der Grundwasserspiegel bereits unerreichbar abgesunken, und Trinkwasser kann nur noch mittels teurer Reinigung aus verdrecktem Oberflächenwasser bereit gestellt werden.

Von allen Krisen ist die sich zuspitzende Wasserkrise sicherlich die folgenschwerste. Der Mensch des Industriezeitalters verschwendet Wasser in allem, was er tut. Er raubt es in großem Stil von Anderen oder benutzt es zur Abfallentsorgung. Ja er beeinflusst sogar den Niederschlag als natürlichen Süßwassernachschub, indem er den Klimawandel verursacht. Dieser ist ja nicht nur Erwärmung, sondern auch eine radikale Veränderung der globalen Wasserverteilung. Aktuelles Beispiel: Kalifornien vertrocknet und Balkanländer ersaufen.

Der neue kanadische Dokumentarfilm „Watermark“ handelt von der Kostbarkeit des Wassers für Leben und Kultur und davon, wie es die Menschheit durch Gier und Dummheit verdreckt und entwertet. Für Las Vegas etwa, USA, wurde der Colorado-River umgeleitet und in einem riesigen Staudamm für die Stadt reserviert. Sein früheres Flussdelta ist heute vertrocknete Landschaft. Das Los-Angeles-Aquädukt leitet über 375 km den Owens-River zur Stadt. Der frühere Owenssee wurde zur Wüste mit giftigen Salzstürmen. Der Aralsee in Asien hat kaum mehr 10% der Fläche wie noch 1960. Das Wasser seiner früheren Zuflüsse verbrauchen nun Großstädte, Industrie und Baumwollplantagen. China, das schon 70% seiner Flüsse mit Industriegiften verseucht hat, will jetzt in Tibet den Brahmaputra stauen und teilweise nach Norden umleiten. Ein Krieg mit Indien wäre dann nur eine Frage der Zeit. Weltweit gibt es noch viele solcher Beispiele. Südamerika, Irak, Indien, Palästina, Afrika, Europa, usw.: Immer holt sich eine Interessengruppe Wasser auf Kosten einer schwächeren Region.

In Deutschland sind nicht nur um Ballungszentren die Grundwasserbestände dramatisch

abgesenkt worden. Auch in ländlichen Regionen sind wassergeprägte Biotope nahezu verschwunden. Die Behörden sind taub oder überfordert oder rechtfertigen die Entnahmen mit falschen Niederschlagszahlen und irrigen Verdunstungsrechnungen. Und auch die Aufbereitung des Trinkwassers wird immer teurer. Die Reinigung von Schadstoffen aus der Landwirtschaft kostet z. B. in Frankreich pro Jahr schon 1,5 Milliarden Euro. Zahlen müssen das aber nicht die Bauern oder die Agrarchemie-Konzerne, sondern die Wasserkunden.

Neben der Verschwendung im Haushalt für Klospülung, übertrieben aufwendigen Körperreinigungskult und andere fragwürdige Gewohnheiten, ist uns der Verbrauch an sogenanntem „VIRTUELLEM WASSER“ oft gar nicht bewusst. Dies ist jene Wassermenge, die während der Erzeugung von Nahrungsmitteln und Konsumprodukten verbraucht wird. Sie liegt für jeden Deutschen 40-mal so hoch, wie der Verbrauch im Haushalt. Über dieses virtuelle Wasser sind wir Deutsche in allen Gegenden der Welt, wo für uns produziert wird, die eigentlichen Verursacher von Mangel, Raub und Verseuchung von Wasser.

Und wer löst diese weltweite Wasserkrise? Wer handelt hier radikal, um den nachfolgenden Generationen noch genügend des unverzichtbaren Lebensmittels zu bewahren? Merkel, Obama, Barroso und alle sonstigen Wasserträger der Profit-Wirtschaft sicherlich nicht.

### **Über Biolebensmittel (Juli 2014)**

In den Geschäften finden wir heutzutage viele Lebensmittel auch in einer „Biovariante“. Der Preis ist etwas höher, und auf der Packung ist ein entsprechendes Siegel aufgedruckt. Immer mehr Verbraucher greifen zu diesen Alternativen, weil sie meinen, die Produkte seien gesünder. Neben dem EU-Bio-Siegel nach EU-Öko-Verordnung (Blatt aus 12 Sternchen auf grünem Grund) gibt es bereits seit 2001 noch das deutsche Biosiegel (grünes Sechseck auf weißem Grund und innen das Wort Bio). Beides steht für einen untersten Standard. Zusätzlich können Waren noch das Siegel eines Bio-Anbauverbandes tragen (z.B. Demeter, Bioland, Naturland, etc.), wenn die Erzeuger sich auch nach deren strengeren Kriterien prüfen lassen. Jedoch: Kaufen wir mit den zertifizierten Lebensmitteln etwas deutlich besseres? Und: Was bedeuten die Wörtchen „Bio“ und „Öko“ eigentlich, bzw. wo liegt der Unterschied?

BIO betrifft eher die Beschaffenheit des einzelnen Produkts. Es soll möglichst natürlich, eben biologisch sauber, sein. Biokonsumenten wollen in erster Linie unbelastetes Essen, um selbst gesund zu bleiben. Hierfür sollen die beiden Siegel, das EU- und das deutsche Siegel stehen.

ÖKO im eigentlichen Sinne meint dagegen über die Unbelastetheit des Produkts hinaus auch die positive Wirkung auf alle anderen Faktoren im Zusammenhang mit dessen Herstellung. Aus diesem Grund ist die EU-„Öko-Verordnung“ schon vom Wort her falsch. Nach ihr ist allerhand ganz und gar nicht ökologisches möglich. Da werden Lebensmittel mit enormen Umweltbelastungen quer durch Europa und um die halbe Welt transportiert. Mit riesigem Grundwasserbedarf werden Frühkartoffeln in der ägyptischen Wüste oder Tomaten in spanischen Folienhallen gezogen. Großinvestoren nutzen die Not in Rumänien und ziehen auf „Land-Grabbing“-Flächen Rinder für maximale Kapitalrendite. Arbeiter werden im vor allem südeuropäischen Bioanbau rücksichtslos ausgebeutet und deutsche Biokartoffel-Bauern von Discounter mit Preissenkungen erpresst. Tausende Tonnen gute Früchte werden vernichtet, weil sie von der Normgröße abweichen, usw. Dazu kommen viele dunkle Schweinereien, weil die Kontrollen recht selten sind und auch noch angekündigt werden. Futtermittel sind auch mal aus dunklen Quellen zugekauft. Geflügel steht zwar auf dem Boden, aber auch mit offenen Wunden im Sumpf des eigenen Kots. Garnelen in Thailand werden mit Hilfe von Chemiebrühe produziert, chinesisches Gemüse mit Industriekloake gewässert und mit Biozertifikaten vom Schwarzmarkt versehen, usw. All das gehört ebenfalls zur Biowelle. Eigentlich geht es bei der ganzen Sache weniger um nachhaltigere Lebensmittelproduktion, sondern um Gewissensberuhigung für Verbraucher und um zusätzlichen Profit.

Wirklich ökologische Lebensmittel sind nicht einfach nur ohne Agrarchemie erzeugt. Der Anbau muss vielmehr ohne Schädigung der Gegend, der örtlichen Lebenskultur, des Grund- und Oberflächenwassers oder der Vegetationsvielfalt funktionieren. Das Auskommen der Bauern und ihrer Mitarbeiter, sowie der positive ökonomische Gesamtzusammenhang für das Umfeld muss langfristig, in autonomer Weise, unkompliziert planbar und mit überschaubarem Aufwand gesichert und zu bewerkstelligen sein. Die Erzeugung muss intelligent verzahnt sein mit den Ressourcen vor Ort, ohne größere Transporte zum Konsumenten auskommen, usw. Im Prinzip also wäre Ökolandwirtschaft eine gesunde kleinbäuerliche Landwirtschaft, die bewusst auf die „Segnungen“ der Agrarindustrie verzichtet, keinem Zwang zur Massenproduktion unterliegt, in Deutschland flächendeckend und dezentral angelegt ist und einen hohen Bedarf an Arbeitskräften hat. Sie wäre ein dauerhafter Pfeiler für das Selbstbewusstsein ländlicher Regionen und deren Wirtschaft, wenn da nicht das allgegenwärtige Monster, das kapitalistische Wirtschaftssystem wäre, welches auch dieses reizvolle Ideal in die Knie zwingt. Hätten wir dagegen eine echte Marktwirtschaft, eine die den Namen auch verdient, müssten sämtliche schädlichen Auswirkungen von Anbau und Verarbeitung, sei es auf die Umwelt, auf soziale, auf kulturelle und globale Bereiche, durch Lebensmittelspekulationen, einfach jeder gemachte Reibach, in Euro und Cent gefasst und auf die jeweiligen Preise vollständig aufgeschlagen werden. Wenn der Wettbewerb auf diese Weise endlich gerecht und fair würde, wären die ökologisch produzierten Lebensmittel auch die billigsten, und wir bräuchten dieses ganze Theater mit den Bio-Zertifikaten nicht mehr.